„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die am jeder Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Einzelexemplar nach dem Ermessen $0.05.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenpreise auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax St., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St., Regina, Sask.

'Ads' are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 26. September 1923 | 12 Seiten | Nummer 46

Arthur Meighen im Westen

Der Führer der Opposition im Dominion-Parlament und früherer Premierminister Canadas, Hon. A. Meighen von Brandon, Man., hielt gegenwärtig den Westen und stattete auch der Hauptstadt Saskatchewans letzte Woche einen Besuch ab. Von hier begab er sich nach Moose Jaw, fuhr dann weiter westlich und wird auf der Rückreise wieder einige Versammlungen in Saskatchewan abhalten. Obgleich Herr Meighen betonte, daß seine Reise eigentlich keine politische sei, so war doch die Rede, die er hier in Regina hielt, durchaus politischen Charakters. Und da die Zeit nicht allzu fern ist, wo eine neue Dominion-Wahl kommt, so will Herr Meighen sich einmal durch Augenschein und persönliche Fühlungnahme davon überzeugen, wie die politische Stimmung heute im Westen ist. Er weiß, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage eine recht kritische ist und daß das Volk meistens die Regierung für solche Zustände verantwortlich macht. Er ist sich auch wohl nach dem Umschwung in Ontario, wo das Volk die Farmer-Regierung durch eine konservative ersetzte, darüber klar, daß die gewerkschaftlich organisierte Farmer-Bewegung im Abflauen begriffen ist. Aus diesen und anderen Gründen hielt er die Zeit wohl für günstig, einmal im Westen Umschau zu halten und für die konservative Partei, deren Führer er ist, etwas Propaganda zu machen.

Herr Meighen führte in seiner in der Metropolitan Kirche zu Regina gehaltenen Rede aus, daß die jetzige schlechte wirtschaftliche Lage eine doppelte Ursache habe. Die gegenwärtige Regierung sei einerseits nicht im Stande gewesen, die öffentlichen Ausgaben herabzusetzen und andererseits habe sie die Steuern so stark erhöht, daß die Lebenskosten um 40 Prozent gestiegen seien, seit die Regierung ans Ruder kam. Die Liberalen hatten im Jahre 1919 in ihrer Plattform und später in ihren Wahlreden eine Herabsetzung der Zölle und niedrigere Steuern versprochen, aber beide Versprechungen seien nicht gehalten worden. Was die Zölle betreffe, so sei eine Herabsetzung der Zölle auf Farmmaschinerie um 2½ Prozent durchgeführt worden, aber diese Herabsetzung sei gleich wieder wett gemacht worden durch eine dementsprechende Erhöhung der „Sales Tax." Die Folge sei selbstverständlich die, daß die Preise für Farmmaschinerie nicht im geringsten niedriger geworden seien für den Farmer. Die Zölle auf britische Textilwaren seien um einige Prozent herabgesetzt, aber die Preise für diese Güter seien um nichts niedriger als früher. Die Produktion in Canada habe um ein Drittel abgenommen, viele Mechaniker und andere hätten Canada den Rücken gekehrt und seien nach den Vereinigten Staaten gezogen mit dem Resultat, daß sowohl Farmer wie Städter in immer schlechtere finanzielle Lage kämen. Vor der Wahl hätten die Liberalen behauptet, daß Meighen und seine Partei die Schinder und Feinde der Geldinteressen seien, während King sich den Freund und Schützer der Massen des Volkes hingestellt habe. Heute aber müsse man sich fragen, was denn die Liberalen für die Massen getan und womit sie den Geldleuten und Profitlern das Handwerk gelegt hätten. Er selbst könne nur sagen, daß die King-Regierung die Massen nur noch höher besteuert habe durch die Erhebung der sogenannten Sales Tax und die großen Korporationen hätte man nur stillschweigend angegriffen.

Politische Tagesfragen.

Als Führer der Opposition sei es nicht mehr wie recht, wenn die Zuhörer von ihm erwarteten, daß er seiner Stellung den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen gegenüber Erwähnung tue. Da sei z. B. die Hudsons Bay Bahn. Was diese Bahn anbetreffe, so hätten beide politischen Parteien viele Versprechungen gemacht, aber er wolle darauf hinweisen, daß die einzige Partei, die wirklich etwas getan habe, die konservative Partei sei. Die Borden-Regierung habe den Bau der Bahn begonnen und energisch weiter betrieben, bis die schlechte Finanzlage des Landes infolge des großen Krieges eine Weiterführung der Bauarbeiten verhindert hatte. „Was aber hat die jetzige Regierung getan?" Sie erließ eine „Order in Council", welche das Aufreißen vieler Meilen Schienen auf dieser Bahn befahl. Ein Proteststurm ging durch den Westen und die Regierung zog dann die Maßnahme wieder zurück." Er habe nichts gegen die Regierung einzuwenden, daß sie mit dem Bau der Bahn nicht fortfuhr, solange die finanziellen Zustände nicht bessere seien — aber sie hätte die Schienen nicht aufreißen sollen und was seine Partei betreffe, so werde sie, wenn sie an die Regierung komme, mit dem Bauwerk fortfahren, wenn und sobald das nötige Geld aufzutreiben sei. „Die Dominion Canada muß ihr dem Westen und den vielen Ansiedlern im Norden gegebenes Versprechen einlösen."

Im Anschluß an diese Ausführungen über die Hudson Bay Bahn kam Herr Meighen dann auf die Zweiglinien zu sprechen. Bekanntlich wurde vom Parlament ein umfangreiches dreijähriges Zweigbahn Bau-Programm angenommen, das dann vom Senat verworfen wurde. Herr Meighen entschuldigte den Senat für dieses Handlungsweise und sagte, der Senat habe garnichts anderes tun können, denn die Regierung habe in der Vorlage solche Bestimmungen gemacht, daß die ganze Sache ausgesehen habe, als verlange sie das Recht, mit dem Gelde des Volkes schalten und walten zu können nach Gutdünken und ohne dem Parlament und Volk eine jährliche Abrechnung zu liefern. Zu so etwas hätte sich der Senat nicht bekennen können. Er klagte die Regierung dann auch dahin an, daß sie verschiedene Zweiglinien „nur für politische Zwecke" vorgesehen hätte, „um damit Stimmen zu kaufen." Er selbst sage das nicht, um sich etwa zu entschuldigen. Dann er selbst habe ein Amendement vorgeschlagen, um die benötigten Gelder in regelrechter Weise zu bewilligen und selbst als dieser Vorschlag abgelehnt worden sei, habe er nicht gegen das Bahnbauprogramm gestimmt, denn er wolle, daß die Leute, welche eine Bahn nötig haben, auch eine bekommen. Er habe die Regierung gewarnt, daß sie in richtiger Weise vorgehen müsse, aber sie habe das nicht getan. Der Senat habe die Vorlage dann an die Regierung zurück verwiesen und dann diese aufgefordert, das Geld für eines Jahr benötigte Bauarbeiten in zweckmäßiger Weise zu beschaffen. Die Regierung habe das nicht getan und damit klar und deutlich zu verstehen gegeben, daß es ihr garnicht auf den Bau der Bahnen angekommen sei.

Weizen-Ring

Der Weizen Board des Jahres 1919-20 sei von der Borden-Regierung eingesetzt worden und er, Meighen, habe die Hauptangriffe gegen den Board aushalten müssen. Der Wheat Board war für die Farmer eine sehr gute Sache und brachte dem Farmer jeden Cent, den der Weizen wert war. Später wurden dann Versuche gemacht, wieder einen Weizen-Board zu bilden, aber es sei nicht soweit gekommen, da die getroffenen Maßnahmen nicht hinreichend für den Zweck gewesen seien. Daran sei er aber nicht schuld. Als es ziemlich allgemeine Ansicht wurde, daß die Farmer durch Mischen ihres Weizens und andere Praktiken um ihr sauer verdientes Geld gebracht würden, sei er einer von denen gewesen, die die Einsetzung einer Untersuchungs-Kommission befürworteten. Aber die Kommission sei nicht weit mit ihrer Arbeit gekommen. Er selbst habe dann der Regierung vorgeschlagen, einen freiwilligen Board einzusetzen, durch welchen jeder Farmer seinen Weizen liefern könne, wenn er wolle. Dieser Board hätte von der Regierung eingesetzt und geführt werden sollen. Die Liberalen u. Progressiven seien dagegen gewesen und hätten gesagt, daß Meighen es nicht ehrlich meine. Die Regierung hätte dann ein Gesetz durchgebracht, kraft dessen ein Wheat Board gebildet werden könne, wenn die verschiedenen Provinzen des Westens bestimmte Gesetze und Maßnahmen durchführten. Die ganze Sache sei so verklausuliert gewesen, daß man keinen Geschäftsführer des Board finden konnte, selbst dann nicht, als ein Gehalt von 50,000 angeboten wurde. Das Jahr wurde dieselbe Geschichte von neuem gemacht und „die ganze Sache ging in Rauch auf." „Die ganze Gesetzgebung war ein Schein und Humbug, die Gesetze sind vorhanden aber können nicht gebraucht werden und sie zeigen nur den eigentlichen Charakter der jetzigen Regierung. Ich bin ganz bestimmt der Ansicht, daß man niemals daran dachte, diese Gesetze durchzuführen. So ist das Volk von der Regierung genarrt worden, denn die Regierung hilft ihm nicht im geringsten und das Volk des Westens hat jetzt den Entschluß gefaßt, sich wenn möglich selber zu helfen durch Bildung eines Weizen-Rings."

Er selbst wolle den Weizen-Ring nicht kritisieren sondern nur darauf hinweisen, daß er nicht die willige finanzielle Unterstützung der Regierung habe. Er wünsche dem Ring aber Glück und Erfolg.

Noch ein wenig über Meighen.

Wir sind davon überzeugt, daß Herr Meighen einer der tüchtigsten Politiker dieses Landes ist. Er ist ein guter und klarer Redner, weil er ein wirklich klarer Kopf ist, der weiß was er will und der den Mut der Ueberzeugung hat. Unehrliches Vorgehen, Verheimlichen und Hinterm Berge halten mit seinen Ansichten kann man ihm nicht vorwerfen. Er hat stets offen bekannt, daß er ein Schutzzöllner und der Ansicht und felsenfesten Ueberzeugung ist, daß ein großes und auch industriell starkes Canada nur durch Schutzzoll aufgebaut werden kann. In dieser Verbindung sei auch darauf hingewiesen, daß er in der Reparations-Debatte im Parlament einen offenen deutschfeindlichen Standpunkt einnahm. Er sagte, Deutschland sei seiner Meinung nach allein schuld am Ausbruch des Krieges, habe schon 1866 und 1870—71 ein großes internationales Verbrechen begangen und müsse nun für seine Sünden büßen. Andererseits aber gab er auch zu, daß Deutschlands Unterschrift zum Vertrag von Versailles erzwungen worden sei und daß er im Prinzip für Abänderung gewisser Bestimmungen sei, wenn allgemein bewiesen werden könne, daß die betreffenden Bestimmungen im Einklang ständen mit den 14 Punkten Wilson's. Es sei klar, daß Deutschland nicht den vollen Kriegsschaden zahlen könne, aber es müsse gezwungen werden, soviel zu zahlen, als in seinen Kräften stehe.

Ein Wort an unsere Leser!

Die meisten unserer Leser sind zur Zeit mit Ernte- resp. Drescharbeiten beschäftigt und wünscht der „Courier" allen seinen treuen Freunden und Lesern eine reiche, von Gott gesegnete Ernte. Auch der „Courier", der allwöchentlich im Laufe des Jahres in Gestalt ermunternder und belehrender Artikel und Nachrichten seinen Samen in die Welt hinausstreut, erwartet einmal im Jahre eine Erntezeit und da unsere vielen Farmerleser sich gerade jetzt den Kopf darüber zerbrechen, welche Schulden sie zuerst begleichen sollten aus dem Erlös ihrer diesjährigen Ernte, so legt der „Courier" hiermit allen seinen treuen Lesern recht dringlich ans Herz, doch ja nicht ihre deutsch-canadische Zeitung zu vergessen.

Auch der „Courier" hat unter den herrschenden schlechten Geschäftsverhältnissen zu leiden gehabt, die nun gerade ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheinen und unsere Kreditoren drängen auch auf Zahlung. Unsere vielen treuen Leser werden uns nun hoffentlich auch in diesem Herbste nicht im Stiche lassen, zumal sie uns mit verhältnismäßiger Leichtigkeit aus großer Bedrängnis helfen können, indem sie Alle für Einen eintreten, wie der „Courier" es seit seinem Bestehen alljährlich als Einzelner für Alle getan hat und auch fernerhin tun wird, und ihm den mühsam verdienten Lohn in Gestalt der fälligen oder gar rückständigen Lesegelder zukommen lassen und ein Jahr **im voraus** zu zahlen.

Mancher Leser mag irrtümlich denken: „Mein kleiner Schuldbetrag wird dem Courier ja auch nicht viel helfen," und läßt ihn auf Bezahlung warten und warten. Wenn jeder Leser so dächte, dann wäre es gewiß traurig um das deutsche Zeitungswesen hierzulande bestellt.

Wie gering deshalb nun auch die Abonnementsbeträge jedem einzelnen Leser erscheinen mögen: es ist das Zusammenfließen all dieser kleinen Beträge, die zu einer recht ansehnlichen und hinreichenden Summe anschwellen und so dem „Courier" ermöglichen, sich lebensfähig zu halten und zum Besten des Deutschtums in Canada auch weiterhin zu wirken.

Auch möchten wir die mit ihrer Zahlung rückständigen Leser davon benachrichtigen, daß das Direktorium der Courier Company auf seiner letzten Geschäftssitzung beschlossen hat, die Leserliste systematisch so bald wie möglich auf eine gesunde Grundlage in geschäftlicher Hinsicht zu bringen und alle Leser, die ihren Abonnementsbeitrag nicht bis zum 1. Dezember 1923 aufbezahlt haben, von der Liste zu streichen. So ungern wir nun langjährige Leser verlieren möchten — und wir hoffen, daß dies schließlich nur in sehr wichtigen Fällen nötig sein wird —, so muß die Geschäftsleitung doch den Anordnungen der Direktoren Folge leisten, weshalb wir hiermit unseren Lesern obigen Beschluß mitteilen, sodaß sie ihre Rückstände bei Zeiten begleichen können, ehe noch zur tatsächlichen Ausführung obiger Anordnung geschritten werden muß.

In kurzen Worten gesagt, verlangt also das Direktorium von der Geschäftsleitung des Couriers, daß auch zugunsten unserer deutschen Familienzeitung diesen Herbst gründlich gedroschen werde; da wir jedoch kein Getreide zu dreschen haben, so kann erwähnte Aufforderung doch wohl nichts anderes bedeuten, als daß die Geschäftsleitung die vielen Courierleser gewissermaßen in obigem Sinne bearbeite, damit die ausstehenden Abonnementsgelder recht bald dem „Courier" zufließen.

Wir hoffen also, daß unsere berechtigte Bitte bei all unseren geschätzten Lesern auf fruchtbaren Boden fällt und dieselben uns in den nächsten Tagen oder Wochen durch Einsendung ihrer Lesegelder befriedigen werden.

Der gelbe Adreßzettel am Kopfe der ersten Seite des „Courier" gibt an, wann das Abonnement abläuft. Einen Bestell- resp. Zahlzettel finden unsere geschätzten Leser an anderer Stelle dieses Blattes.

Im voraus bestens dankend, zeichnet

Mit deutschem Gruß

Die Geschäftsführung
Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.
1835—37 Halifax Str., Regina, Sask.

Großfeuer in Meyronne

Meyronne, Sask. — Feuer richtete in hiesigem Städtchen Samstag Morgen $57,000 wert Schaden an. Das Feuer entstand in Stockings Schmiede und zerstörte außer dieser auch Dr. House's Leihstall, Haddad's Laden, ein chinesisches Restaurant, Freddy's Leihstall, McNichol's Maschinenschuppen, Salvert's Officegebäude, eine Gasolin- und Oelstation, sowie ein leerstehendes Gebäude, das früher als Restaurant diente.

Letzte Nachrichten

Brüssel. — Fünf Luftschiffer sind bei den Wettfahrten um den James Gordon Bennett Pokal infolge von Windstürmen ums Leben gekommen.

Winnipeg. — Starke Liköre wurden hier am Montag zum ersten Mal durch die Regierungskommission verkauft, doch sind die Preise erheblich höher als in B. C. und Quebec.

London. — Die Revolution in Bulgarien ist mit voller Macht ausgebrochen und das ganze Land ist in Händen der Rebellen, wie eine Depesche an die Morning Post aus Belgrad besagt.

Paris. — Poincare hielt seine gewohnheitsmäßige sonntägliche Haß- und Racherede gegen Deutschland gelegentlich der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Toul. Er sagte, Frankreich sei fest entschlossen, Deutschland durch den Frieden von Versailles für immer unschädlich zu machen. Deutschland sei eine der reichsten Nationen der Welt; es mangle ihm nicht an Zahlungsfähigkeit, wohl aber am guten Willen zum Zahlen.

Berlin. — Kanzler Stresemann gab bekannt, daß die Regierung beschlossen habe, den passiven Widerstand im Ruhr- und Rheinland aufzugeben und Befehl erteilt habe, die frühere Betriebstätigkeit in allen Zweigen sofort wieder aufzunehmen. Obwohl französischerseits behauptet wird, daß Kanzler Stresemanns Befehl für Aufgabe des passiven Widerstands ein bedingungsloser sei, so verlautet doch aus guter Quelle, daß eine dritte Macht sich bereit erklärt habe, Deutschland bestimmte Garantien für eine endgültige Regelung der Ruhrfrage zu geben, sodaß die nunmehr angeordnete Aufgabe des passiven Widerstandes in keiner Weise als eine Demütigung Deutschlands angesehen werden könne.

Ein Appell Stresemanns an das amerikanische Volk

München, 25. September. — Reichskanzler Dr. Stresemann diktierte die folgende Botschaft an das amerikanische Volk durch den „Universal Service":

„Dreimal während der letzten Jahre hat sich Amerika vor aller Welt in die Entwickelung von Deutschlands Geschick eingemischt.

Durch seinen Eintritt in die Reihen unserer Feinde brachte es die Entscheidung in dem Weltkriege.

Durch die vierzehn Punkte des Herrn Wilson überredete es das deutsche Volk, zu glauben, daß ein Zeitalter des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung für die Völker begonnen habe und endlich:

Ihr Staatssekretär Herr Hughes machte nur einige wenige Tage vor dem Einfalle in unser Land durch eine fremde Armee im letzten Januar inmitten eines sogenannten Friedens den Vorschlag, daß eine internationale Konferenz von Sachverständigen einberufen werden sollte, um in unparteiischer und uninteressierter Weise die deutsche Zahlungsfähigkeit festzusetzen und einen gerechten und vernünftigen Ausgleich in der Ausführung der Reparationen herbeizuführen.

Die erste und die zweite Einmischung haben das Schicksal Europas schwer betroffen und in entscheidender Weise verändert. Der Vorschlag des Herrn Hughes blieb leider nur ein Programm und ist unglücklicherweise nie in die Wirklichkeit übertragen worden. Diese Tatsache hat das große europäische Festland in eine Katastrophe gebracht und hat beinahe eine vollständige Verzweiflung herbeigeführt. Seit langer Zeit wissen

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Jagdunfall mit tödlichem Ausgang

Indian Head, Sask. — Die 17jährige Agnes Godfrey, Tochter des Stadtklerks J. Godfrey, fiel letzten Samstag einem sehr bedauerlichen Jagdunfall zum Opfer. Fräulein Godfrey befand sich mit zwei jüngeren Brüdern auf einer Jagdtour per Auto durch den Distrikt, als plötzlich ein Schuß aus der in den Händen ihres 14jährigen Bruders Peter sich befindlichen Jagdflinte wahrscheinlich infolge der Erschütterung des Automobils sich entlud und ihr durch den Rücken in den Körper drang. Trotzdem dem unglücklichen Mädchen sofort ärztliche Hilfe im Union Hospital zuteil wurde, erlag sie ihren Verletzungen am Sonntag Nachmittag.

Premier King begab sich zur Reichskonferenz nach London.

Quebec. — Premier King verteidigte in längerer Rede am Freitag Abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett vor Antritt seiner Reise nach London zur Reichskonferenz die Politik seiner Regierung gegenüber der Kritik des zur Zeit den Westen bereisenden konservativen Oppositionsführers Hon. A. Meighen. Er sagte u. a., daß er der Konferenz in London keine einzige Beschwerde seitens Canadas vorzutragen habe und daß die Verhältnisse in Canada nach Berücksichtigung der allgemeinen Weltlage nicht so schlecht seien, wie sie von seinen politischen Widersachern ausgemalt würden.

Wird England den Ruhrräubern freie Hand lassen?

Premier Baldwin durch Poincare eingeschüchtert?

Paris, 25. Sept. — In der Unterredung zwischen Premier Poincare und Premierminister Baldwin wird ein Sieg für die französische Ruhrpolitik erblickt. Diese Auffassung stützt sich auf den Ton der nach der Zusammenkunft ausgegebenen Erklärung.

Die Erklärung bedeutet, sagt Le Matin, daß unsere Nachbarn zu der wohlwollenden Neutralität von Bonar Law zurückkehren. Sie werden uns in den Schlußstufen des Kampfes nicht hindern und wieder an unserer Seite sein, wenn endlich Zahlung erlangt werden kann.

Auffassung in London.

London, 25. Sept. — Die Morning Post nennt die Pariser Unterredung zwischen den Premiers Baldwin und Poincare nutzbringend, jede Ursache zur Zufriedenheit sei vorhanden. Die Zeitung zieht den Schluß, daß Frankreich und Britannien jetzt in Hinsicht auf Entschädigungen zusammenwirken werden.

Die Daily News vermag nicht zu sehen, wie Großbritannien mit Frankreich bei einer Politik zusammenwirken kann, welche London bereits verurteilt hat. Daily Telegraph warnt davor, selbst auf eine so „erfreuliche Mitteilung", wie die in Paris erlassene, übertriebene Hoffnungen zu setzen. Daily Expreß meint, es stehe zu erwarten, daß Baldwin nach seiner Rückkunft eine Politik entwirft, die mit einem geänderten Vorgehen gleichbedeutend ist.

Die angebliche Unterwerfung.

Berlin, 25. Sept. — Man erwartet mit Spannung nähere Mitteilungen über den Entschluß des Kabinetts, den passiven Widerstand in der Ruhr aufzugeben. Die Regierung bemüht sich, eine einheitliche Front innerhalb der Nation zu wahren. Eine Einberufung des Reichstags gegen Ende nächster Woche gilt als wahrscheinlich. Leidenschaftliche Reden über die Ruhr, Währung und andere Dinge stehen dann zu erwarten. Aus bereits zugänglichen Einzelheiten weiß man, daß das neue Angebot einen entschiedenen „Geist der Unterwerfung" atmet. Kanzler Stresemann besteht nicht länger darauf, daß Deutschland die Verfügung über Ruhr und Rheinland sofort zurückgegeben wird.

Neue Bluttat eines Marokkaners.

Berlin, 24. Sept. — Den vielen Bluttaten im besetzten Gebiet wurde heute von Soldaten eines marokkanischen Regiments ein neuer mit unglaublicher Rohheit ausgeführter Gewaltakt hinzugefügt, dem ein Deutscher zum Opfer fiel.

In Kirn an der Nahe (Kreis Kreuzbach im Regierungsbezirk Koblenz) wurde in einer Wirtschaft ein Mädchen von den Marokkanern überfallen. Louis Esbessel, der das Mädchen gegen die Angriffe der schwarzen Franzosen verteidigen wollte, wurde weggeschleppt und mit Bajonettstichen getötet.

Währungsreformen.

Der Wert des Dollars stieg auf 215 Millionen Mark

Die wertbeständigen Roggennoten, die demnächst in Werten von 1000, 2000, 5000, 10,000 und 100,000 Pfund Roggen in Umlauf gesetzt werden sollen, sind für die Landwirte sehr vorteilhaft, da diese sich darauf verlassen können, später den vollen Goldwert für ihre Produkte zu erhalten.

Reichsfinanzminister Hilferding beabsichtigt, die zu schaffende Währungsbank durch Goldbonds im Gesamtbetrage von einer Milliarde Goldmark zu kapitalisieren. Die Summe soll ähnlich wie die Rüstungskontribution im Jahre 1913 eingetrieben werden.

Die Reichsbank soll von der Finanzwirtschaft des Staates gänzlich losgelöst werden, um sich bloß der Goldnotenausgabe zu widmen. Von nun an wird die Reichsbank keine Schatzamtsscheine mehr diskontieren.

Das Sachwertgeld der Währungsbank wird als gesetzliches Zahlungsmittel für die Finanzierung des Reichs eingeführt und die Ausgabe wird auf die Deckung der Staatsanlagen beschränkt sein.

Die Reichsbank wird Noten nur gegen Goldhandelswechsel für wirtschaftliche Zwecke emittieren.

Die Papiermark soll als Scheidemünze weiter bestehen und wird zur Zahlung kleiner Beträge bis zu einem gewissen Höchstbetrag, vielleicht unter Weglassung der Nullen, dienen.

Politische Lage unverändert.

Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte in einer Unterredung mit ausländischen Berichterstattern, daß die Geldfrage des Reichs eine Kreditfrage sei und daß diese von der politischen Gestaltung abhänge. Deutschland könne daher nur durch Lösung der politischen Probleme hoffen, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Das wirtschaftliche Leben Deutschlands sei vollkommen erschöpft und man könne nicht mehr amerikanische Waren kaufen.

Dr. Stresemann wird auf die letzte Rede des Premiers Poincaré nicht antworten.

Eisenbahner des Ruhrgebiets für Beibehaltung des passiven Widerstands.

Essener Eisenbahner haben sich gegen die Einstellung des passiven Widerstandes ausgesprochen. Sie erklärten, es sollte in der jetzigen Politik nur dann eine Aenderung eintreten, wenn es gewiß wäre, daß die Reichseinheit gewahrt bliebe.

Zölle erhöht.

Um der Einführung von Luxusartikeln zu steuern, wurden die Zölle für viele Waren um 33 bis zu 100 Prozent erhöht.

Unruhen im Deutschen Reich nehmen überhand.

Berlin, 24. Sept. — Die deutsch-schweizerische Grenze wurde von der Regierung der Schweiz geschlossen, da diese anscheinend fürchtet, daß die immer weitere Kreise ziehenden Unruhen zum Bürgerkrieg führen werden.

Nach einer Kundgebung von Arbeitern in Freiburg, Baden, fand ein Zusammenstoß mit der Polizei statt, in welchem eine Person getötet und mehrere andere verwundet wurden.

In Plauen, Sachsen, fanden zwischen Kommunisten und Monarchisten Kämpfe statt, in denen 12 Personen schwer verwundet wurden.

In Sorau, Brandenburg, wurden Samstag 12 Personen getötet und viele andere verwundet, als die Polizei auf Demonstranten schießen mußte.

Wird sich England von der Reparationen-Frage vollständig zurückziehen?

Paris, 25. Sept. — Erstens, England wird sich von aktiver Teilnahme an der Reparationen-Frage zurückziehen, und wird die Franzosen sich selbst überlassen.

Zweitens: Frankreich wird schärfere Maßnahmen gegen Deutschland anwenden, bis das letztere nachgeben wird.

Drittens: Premier Poincare wird der „Starke Mann" Europas.

Dies werden die wahrscheinlichen Ergebnisse der Unterhandlungen zwischen den Premiers Balwin und Poincare sein. Sie erklären den grenzenlosen Jubel, welcher in offiziellen französischen Kreisen vorherrschte, aber die Ansicht maßgebender neutraler Beobachter scheint nicht den großen Optimismus zu billigen, welcher sich plötzlich der Franzosen bemächtigt hat. Diese Reaktion zeigte sich heute an der Börse, als der Dollar um 20 Punkte fiel. Es ist Tatsache, daß Poincare jetzt die Kapitulation Deutschlands nach allen Kräften beschleunigen wird, da er freie Hand erhalten hat.

Frankreich hat Deutschland auf die Knie gezwungen, aber nicht die Reparationsfrage gelöst, sagt Baldwin.

Paris, 25. Sept. — Premier Baldwin gab zu, daß die französische Politik Deutschland auf seine Knie gebracht hätte, nachdem seine Konferenz mit Poincare beendet war. Baldwin soll eingestanden haben, daß die Politik seines französischen Kollegen die Schlacht gewonnen habe und daß Deutschland blutend aus vielen Wunden und hilflos auf seinen Knien liege. Aber zur gleichen Zeit sagte er, daß das Problem, Deutschland zur Zahlung zu zwingen, nicht gelöst worden sei und daß es ihm scheinen wolle, daß dies Problem einer Lösung nicht näher gerückt sei als zu der Zeit, als die Ruhr besetzt wurde. Hierauf soll Poincare geantwortet haben, daß Deutschland zahlen könne, wenn es wolle, indem es den passiven Widerstand aufgebe und mit Frankreich Hand in Hand arbeite, um die Ruhr auszubeuten. Er forderte den britischen Premier auf, sich Belgien und Frankreich anzuschließen, die reichen Schätze der Ruhr gemeinschaftlich auszubeuten und hierdurch Reparationen zu erlangen, was viel einfacher sei als die Frage, Hypotheken anzunehmen.